

»» Europa und Asien mit wachsenden Verflechtungen und gemeinsamen Herausforderungen

Nr. 123, 26. April 2016

Autoren: Dr. Martin Raschen, Telefon 069 7431-2434
Dr. Tobias Rehbock, Telefon 069 7431-2686, research@kfw.de

Die Europäische Union (EU) und die asiatischen Entwicklungs- und Schwellenländer (Developing Asia) rücken enger zusammen. Nicht nur die Handelsbeziehungen haben sich erheblich intensiviert, sondern auch die Finanzströme und die Direktinvestitionen. Außerdem wächst die Erkenntnis, dass beide Regionen ähnliche Zukunftsaufgaben bewältigen müssen, wie ein stärkerer Klimaschutz, die Behebung von Infrastrukturdefiziten als einem zentralen Wachstumshemmnis sowie der demografische Wandel. Die wirtschaftliche und institutionelle Integration ist in Europa – ungeachtet der aktuellen Schwierigkeiten innerhalb der EU – weiter vorangeschritten als in Asien. Dort gibt es aber auch auf diesem Gebiet neue Initiativen.

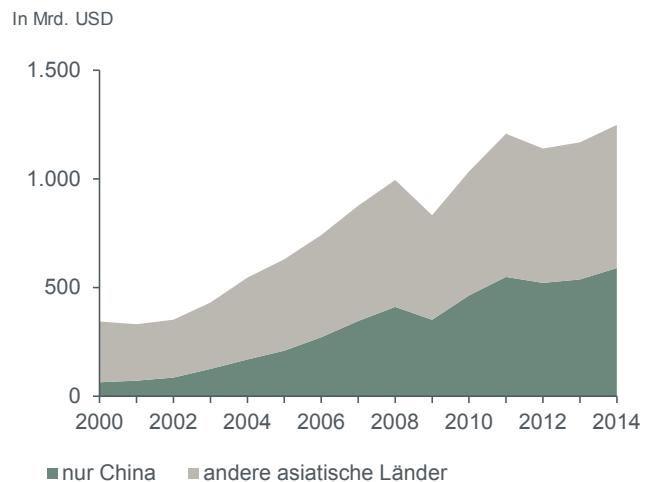
Erhebliche Zunahme des Handels

Vor dem Hintergrund eines langanhaltenden wirtschaftlichen Aufschwungs¹ in den asiatischen Entwicklungs- und Schwellenländern (Developing Asia)² stieg der Warenhandel³ zwischen diesen Ländern und der EU im Zeitraum 2000–2014 nominal von 344 auf rund 1.250 Mrd. USD, d. h. um das 3,6-fache (Grafik 1). Abgesehen vom Handelseinbruch im globalen Krisenjahr 2009 sowie einer temporären Schwäche 2012 erfolgte die Zunahme des Handels stetig. Schon für sich genommen ist dies eine bemerkenswerte Entwicklung. Hinzu kommt jedoch, dass der Handel zwischen diesen beiden Wirtschaftsräumen sogar stärker wuchs als der Welt-handel. Der wichtigste Handelspartner der EU in Developing Asia ist China, der betreffende Anteil am gesamten gemeinsamen Warenaustausch stieg zwischen 2000 und 2014 von 19 auf hohe 47 %.

Trotz dieser zunehmenden Dominanz Chinas wäre es aber unangemessen, die Handelsbeziehungen der beiden Regionen nur (oder weit überwiegend) auf China verengt zu interpretieren. Denn auch der Handel ohne China nahm seit 2000 um beachtliche 136 % zu.

Eine Analyse des Handels nach Güterkategorien zeigt eine Struktur, die die jeweilige Wettbewerbsfähigkeit verdeutlicht. Achtundzwanzig Prozent der EU-Exporte nach Developing Asia sind Investitionsgüter (Maschinen und Fahrzeuge; Deutschland allein 54 %)⁴. Die Lieferungen aus Asien in die EU sind breiter gestreut: zwar sind auch hier immerhin 12 % Investitionsgüter, 19 % sind aber Elektronikprodukte und 6 % Rohstoffe (alle Angaben für 2014).

Grafik 1: Warenhandel EU – Developing Asia



Quelle: UNCTAD, eigene Berechnung

Bemerkenswert ist weiterhin, dass die bilaterale Handelsbilanz zwischen der EU und Developing Asia nicht ausgeglichen ist. Die Exporte von Developing Asia haben in dem gesamten Zeitraum seit 2000 ein Übergewicht, und dieser Handelsbilanzüberschuss gegenüber der EU ist auch im Zeitablauf tendenziell stark gewachsen, 2014 betrug er rund 200 Mrd. USD. Ein Befund dieser Art wird z. T. sehr kritisch bzw. sorgenvoll kommentiert in dem Sinn, dass den reichen Industriestaaten offenbar von den aufstrebenden asiatischen Schwellenländern zunehmend der Schneid abgekauft wird. Dem sind jedoch zwei Aspekte entgegen zu halten. Erstens erlaubt eine bilaterale (Teil-)Handelsbilanz keinen Rückschluss auf ein umfassendes außenwirtschaftliches Ungleichgewicht. Tatsache ist, dass die EU kein derartiges Problem hat: Ihre Leistungsbilanz (gegenüber dem Rest der Welt) ist seit 2010 sogar positiv mit einem Überschuss von 1–2 % in Relation zum BIP. Zweitens zeigen die Zunahme der EU-Exporte nach Developing Asia von 133 auf 520 Mrd. USD seit 2000 sowie der genannte hohe Anteil von Investitionsgütern, dass die EU sich mit wettbewerbsfähigen Produkten sehr gut auf den asiatischen Märkten behaupten kann. Das hohe Wirtschaftswachstum in Developing Asia hat dort eine leistungsfähige Industriestruktur hervorgebracht, die der EU-Industrie zwar ein immer stärkerer Konkurrent wird, aber Developing Asia tritt eben auch gleichzeitig als kaufkräftiger Nachfrager in der EU auf.

Trotz Handelsüberschüssen: Developing Asia bleibt Nettokapitalimporteuer – bis auf China

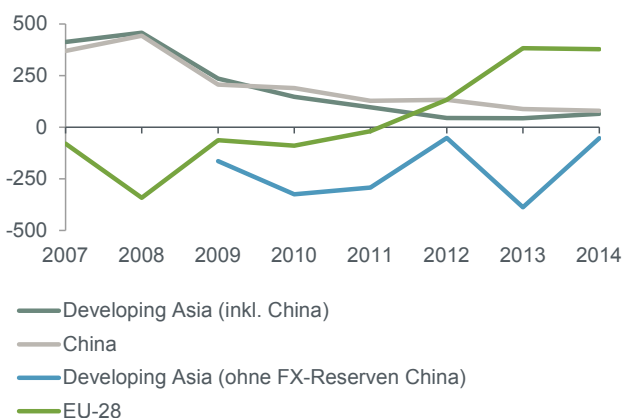
Insgesamt weist Developing Asia gegenüber dem Rest der Welt einen Leistungsbilanzüberschuss auf. Das ist gleichbedeutend mit dem Aufbau von finanziellen Forderungen gegenüber dem Ausland. Gemäß der aggregierten Kapitalbilanz der Developing Asia-Länder betrug dieser Forderungsaufbau gegenüber dem Rest der Welt 2014 rund 65 Mrd. USD. 2008 waren es sogar ca. 415 Mrd. USD (Grafik 2).

Das bedeutet aber nicht, dass diese Region keine Kapitalzuflüsse aus dem Rest der Welt benötigt. Denn der überwiegende Teil des Kapitalverkehrs der asiatischen Entwicklungs- und Schwellenländer wird (größtenmäßig) von China bestimmt; genauer gesagt: von den dortigen Währungsreserven. Damit lässt sich (zumindest bis 2014) die Nettoersparnis der Developing Asia-Region allein durch China und dort mit nur einer Position – den Währungsreserven der Zentralbank – erklären. Ohne diese Position ist Developing Asia gegenüber dem Rest der Welt kein Nettosparer, sondern per Saldo auf Nettokapitalzuflüsse (Nettokapitalimporte) aus dem Rest der Welt angewiesen (Grafik 2), wenn auch nur in relativ geringem Ausmaß.

Developing Asia umfasst für Investoren sehr interessante Investitionsziele mit hohem Potenzial, zum Beispiel Indien oder Indonesien, China ohnehin. Als Region insgesamt hatten und haben die asiatischen Schwellenländer somit kein größeres Problem Kapitalzuflüsse „einzuwerben“. Diese Zuflüsse kommen dabei (potenziell) auch aus Europa, da Europa (EU-28) gegenüber dem Rest der Welt ein Nettosparer ist.⁵ Allein 2014 baute die EU gegenüber dem Rest der Welt finanzielle Forderungen in Höhe von 380 Mrd. USD auf.

Grafik 2: Nettoersparnis gegenüber dem Rest der Welt

Entspricht Kapitalbilanzsalden, in Mrd. USD



Quelle: IWF, eigene Berechnungen

Direktinvestitionen mit Potenzial nach oben

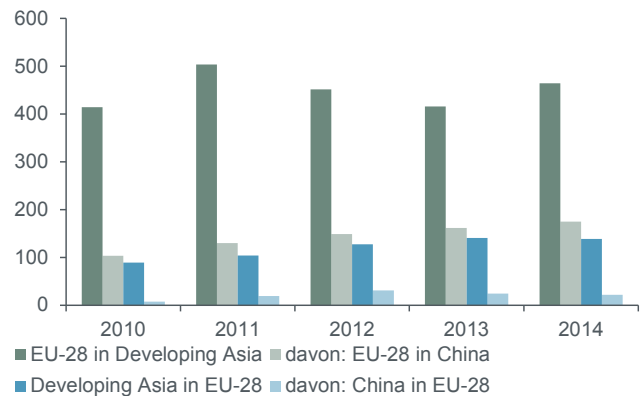
Grundsätzlich besteht die Frage, wie das Defizit der Developing Asia-Region (welches ohne Chinas Währungsreserven besteht) finanziert wurde bzw. wird. Eine Quelle dafür sind Direktinvestitionen (FDI).

Direktinvestitionen gelten als besonders hochwertige Finan-

zierungsquelle. Sie stellen naturgemäß eher langfristige Engagements dar, die Umschichtungen und schnellen Kapitalabflüssen weniger unterworfen sind als Portfolioinvestitionen. Entsprechend der Diagnose, dass Developing Asia Kapitalzuflüsse benötigt, sind in der Vergangenheit erheblich mehr Direktinvestitionen von der EU nach Asien geflossen als umgekehrt. Entsprechend deutlich unterscheidet sich der jeweilige FDI-Bestand (Grafik 3). Trotzdem sind auch die FDI-Positionen von Developing Asia in der EU bemerkenswert: Sie nahmen im Zeitablauf zu und haben über 100 Mrd. USD erreicht.

Grafik 3: Direktinvestitionen in Europa und Asien

Bestände, in Mrd. USD



Quelle: IWF, eigene Berechnungen

Die Dynamik der Entwicklung gibt jedoch nicht uneingeschränkt Anlass zur Freude. Developing Asia war im letzten Jahrzehnt mit einem durchschnittlichen BIP-Wachstum von über 7 % p. a. die mit weitem Abstand am schnellsten wachsende Ländergruppe der Welt. Dies legt nahe, dass damit auch Anreize für Investoren verbunden waren, in diesen Ländern verstärkt zu investieren. In den Direktinvestitionen spiegelt sich die überproportionale Wachstumsdynamik der Developing Asia-Region zuletzt jedoch nicht wider. Der FDI-Bestand Europas im Rest der Welt stieg von 2011 bis 2014 um durchschnittlich etwa 7 1/2 % p. a., wobei der auf Asien entfallende Anteil nur um knapp 3 % p. a. zulegte. Ohne China schrumpfte der europäische FDI-Bestand sogar seit 2011 um durchschnittlich ca. 1 1/2 % p. a. Umgekehrt sieht es anders aus: Im selben Zeitraum stieg die asiatische FDI-Position in der gesamten übrigen Welt um etwa 10 % p. a. und davon die in Europa um knapp 12 % p. a. Ein Grund dafür könnte darin liegen, dass die administrativen Voraussetzungen für Direktinvestitionen in den Developing Asia-Ländern nach wie vor schwierig sind: Hohe bürokratische Hemmnisse, Korruption oder ein intransparentes Justizsystem sind Faktoren, die Ausländern Direktinvestitionen erschweren.

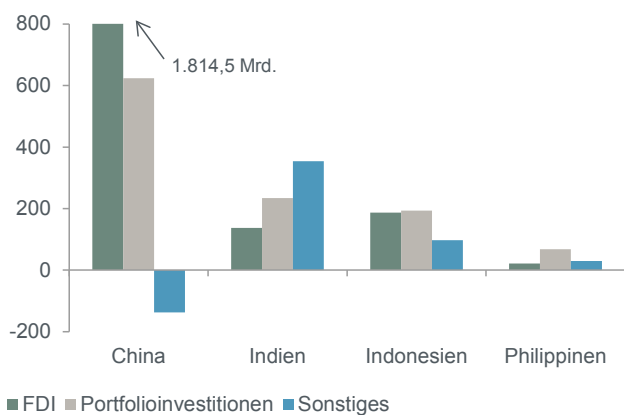
Ein gesonderter Blick auf China zeigt die besondere Bedeutung, die FDI gerade im Geschäft mit dem Reich der Mitte haben. Diese ist mit dem großen Interesse internationaler Konzerne zu begründen, in China zu investieren. Dies geschieht in Form von Joint Ventures mit chinesischen Staatsbetrieben. Gleichzeitig ist der chinesische Kapitalmarkt für ausländische Investoren relativ stark reguliert. Das macht es

für Ausländer schwerer, andere Formen von Investitionen wie Aktien oder Anleihen (Portfolioinvestitionen) oder Kreditvergabe einzugehen. Entsprechend haben die Direktinvestitionsbeziehungen zu China kontinuierlich an Bedeutung gewonnen; der Zuwachs des FDI-Bestandes der EU-28-Länder betrug in den letzten Jahren etwa 14 % p.a. Mittlerweile entfallen fast 40 % des europäischen FDI-Bestandes in der Developing Asia-Region auf China. Aber auch in umgekehrter Richtung tut sich etwas: Die Direktinvestitionsposition von China in Europa zeigte von 2011 bis 2014 mit über 30 % p. a. einen beeindruckenden Zuwachs, allerdings ausgehend von einem niedrigen Niveau.

Die herausragende Bedeutung von FDI-Zuflüssen für China wird auch im Vergleich zu anderen Ländern der Developing Asia-Region deutlich (Grafik 4). Für kein anderes Land in dieser Region haben FDI ein solches Gewicht im Mix der externen Finanzierung. Die Philippinen und auch Indonesien sind Beispiele für Volkswirtschaften, für die Portfolioinvestitionen aus dem Ausland die relativ höchste Bedeutung haben, wobei in Indonesien die Bedeutung von Direktinvestitionen kaum nachsteht. In Indien dominiert die Kategorie ‚Other investment‘, in der sich auch die (traditionelle) Kreditaufnahme wiederfindet.

Grafik 4: Auslandsvermögensstatus

Netto-Verbindlichkeiten, Stand: Q2/2015, in Mrd. USD



Quelle: IWF, eigene Berechnungen

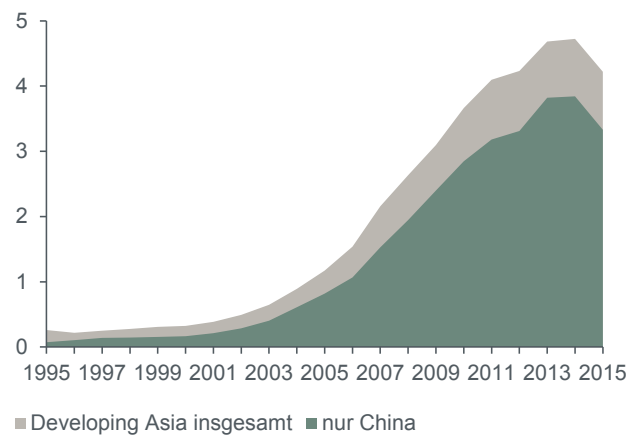
Verschuldung als Kehrseite

Wie geschildert haben ausländische Investoren per Saldo in den Developing Asia-Ländern finanzielle Forderungen aufgebaut. Damit geht einher, dass sich Developing Asia gegenüber dem Rest der Welt zunehmend verschuldet hat.⁶ Werden die durch die Schuldenaufnahme in die Region fließenden Mittel in produktive Verwendungen gesteckt, ergeben sich daraus Wachstumsimpulse und die Schuldenquote bleibt unter Kontrolle. Zumindest was die externe Verschuldung angeht, ist das für Developing Asia der Fall. Die externe Verschuldung dieser Region ist zwar im vergangenen Jahrzehnt enorm gestiegen – von rd. 900 Mrd. USD (2005) auf ca. 2.600 Mrd. USD (2014) – die externe Schuldenstandsquote hat sich aber nach 2007 bei rd. 16 % stabilisiert, trotz der zuletzt etwas nachlassenden Wachstumsraten in dieser Region. Sollten sich in Developing Asia ernste Wachstumsprobleme manifestieren, könnte das auch das Thema

Verschuldung verstärkt in den Vordergrund rücken. Dabei besteht die grundsätzliche Gefahr darin, dass Kapitalabzüge zu erheblichen Finanzierungsproblemen und im Extremfall zu Zahlungsbilanzkrisen führen können, so wie das während der Asienkrise 1997/1998 der Fall war. Die Developing Asia-Länder haben in den etwa letzten zehn Jahren jedoch erhebliche Währungsreserven aufgebaut, die Zahlungsbilanzprobleme abfedern könnten (Grafik 5). Der Löwenanteil der Reserven geht allerdings auf das Konto Chinas, wo die Reserven etwa das Vierfache der externen Verschuldung ausmachen. In der restlichen Developing Asia-Region decken die Reserven dagegen „nur“ ca. 65 % der externen Verschuldung, wobei der Trend leider abnehmend ist: 2008 betrug die Quote noch 100 %.

Grafik 5: Währungsreserven

In Bio. USD



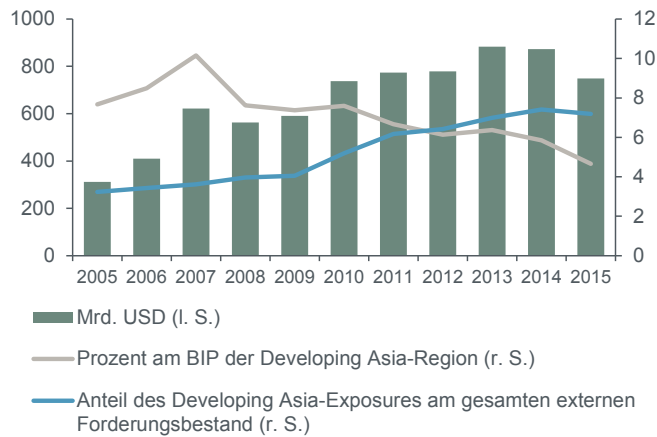
Quelle: IWF, eigene Berechnungen

Aus europäischer Sicht lässt sich festhalten, dass das Exposure der europäischen Banken gegenüber Developing Asia bis 2013 zugenommen hat, seitdem aber abnimmt (Grafik 6). Das ist eine Folge der spezifischen Probleme des europäischen Bankensektors nach der Finanz- und Wirtschaftskrise. Die Problembewältigung äußert sich unter anderem in einem signifikanten Deleveraging-Prozess. Allerdings ist das Asien-Geschäft der europäischen Banken davon zumindest nicht überproportional betroffen. Der Anteil der Forderungen gegenüber Developing Asia an allen grenzüberschreitenden Forderungen hat sich in den vergangenen Jahren kontinuierlich erhöht und zuletzt bei ca. 7 % stabilisiert.

Zusammenfassend hat sich somit gezeigt, dass sich die Handelsbeziehungen zwischen der EU und Developing Asia sehr dynamisch entwickelt haben. Damit einher gingen auch enger werdende Finanzbeziehungen zwischen diesen beiden Regionen. China spielt dabei aufgrund seiner Größe naturgemäß eine besonders gewichtige Rolle. Ein Augenmerk sollte auch in Zukunft dem Thema Direktinvestitionen gelten. Europa ist zwar diesbezüglich in Developing Asia bereits stark engagiert, aber die Direktinvestitionsposition dort ist im Lauf der letzten Jahre im Grunde nicht gewachsen. Umgekehrt haben die asiatischen Schwellenländer mit ihren FDI in Europa noch deutliches Nachholpotenzial.

Grafik 6: Exposure des europäischen Bankensektors* gegenüber Developing Asia

*Eurozone, UK und Schweden



Quelle: BIZ, IWF, eigene Berechnungen

Im Zuge sich verstärkender Wirtschaftsbeziehungen zwischen der EU und Developing Asia wächst auch die Erkenntnis, dass beide Regionen bei Megathemen wie Klimawandel, Infrastrukturausstattung und Demografie vor ähnlichen Herausforderungen stehen. Dies wird nachfolgend erläutert. Abschließend werden dann die Perspektiven für eine tiefere wirtschaftliche und politische Integration in Asien, eventuell nach dem Vorbild der EU, sowie eine weitere Handelsliberalisierung zwischen Europa und Asien diskutiert.

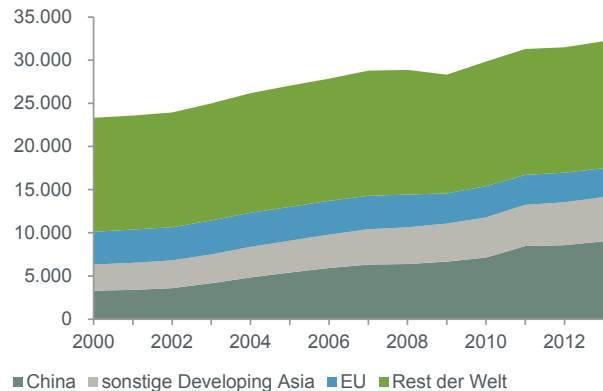
Klimaschutz muss höheren Stellenwert bekommen

Um die zunehmenden Risiken und Auswirkungen des globalen Klimawandels zu mindern besteht grundsätzlich Einigkeit, dass die CO₂-Emissionen deutlich reduziert werden müssen. Das Pariser Klimaschutzabkommen vom Dezember 2015 legt hierfür den Grundstein, bedarf aber weiterer Konkretisierung. Große Verantwortung zum Erreichen der globalen Klimaziele kommt Europa und Asien zu. Die kumulierten CO₂-Emissionen von EU und Developing Asia sind stark gestiegen und machten 2013 über 54 % der weltweiten Emissionen aus (Grafik 7). Diese Trends sind allerdings nicht einheitlich. Im Zeitraum 2000–2013 sind die Emissionen der EU zunächst etwas gestiegen, seit 2007 jedoch tendenziell gesunken und lagen 2013 um 12 % niedriger als 2000. Developing Asia verzeichnet demgegenüber seit 2000 eine kontinuierliche Zunahme der CO₂-Emissionen um insgesamt 123 %. Dabei ist der Anstieg in China besonders stark, das Land verantwortet mittlerweile 28 % der globalen Emissionen und ist damit die Nr. 1 der Welt.

Die Pariser Konferenz hat erneut verdeutlicht, dass ein für alle Länder verbindlicher Emissionsreduktionsfahrplan politisch nicht durchsetzbar ist. Hauptgrund ist die Befürchtung der Entwicklungs- und Schwellenländer, dadurch gegenüber den Industriestaaten in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung zurückgeworfen zu werden. Allerdings bestehen vielfältige Möglichkeiten, eine Dekarbonisierung mit einem höheren Wohlstandsniveau zu kombinieren. Ein Blick auf die sektorale Verteilung der CO₂-Emissionsquellen in der EU und Developing

Grafik 7: CO₂-Emissionen

In Mio. Tonnen

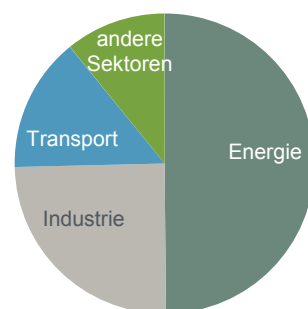


Quelle: International Energy Agency, eigene Berechnung

Asia (Grafik 8) zeigt Ansatzpunkte, solche Win-Win-Situationen zu schaffen. Im Durchschnitt beider Regionen⁷ entfällt die Hälfte der Emissionen auf die Energiewirtschaft, ein Viertel auf die Industrie und ca. 15 % auf den Transportsektor. Das Potenzial zur stärkeren Nutzung Erneuerbarer Energien ist hoch. Für energieeffizientere Prozesse in der Industrie gibt es noch viel Spielraum. Auch im Verkehrssektor besteht großes Potenzial, wenn die bisherige starke Ausrichtung auf den Individualverkehr geändert und Treibstoffpreissubventionen, die den Verbrauch anregen, eliminiert werden. Schließlich kann auch bei Gebäuden mehr Wärmedämmung einen wichtigen Beitrag leisten.

Grafik 8: Entstehung der CO₂-Emissionen in der EU und Developing Asia

Gewichteter Durchschnitt, 2013



Quelle: International Energy Agency, eigene Berechnung

Diese Zusammenhänge sind sowohl in der EU als auch in Developing Asia grundsätzlich bekannt und viele Weichen wurden auch bereits in die richtige Richtung gestellt. Der Weg zu einer klimafreundlicheren Wirtschaft sollte aber in beiden Regionen noch konsequenter beschrritten werden.

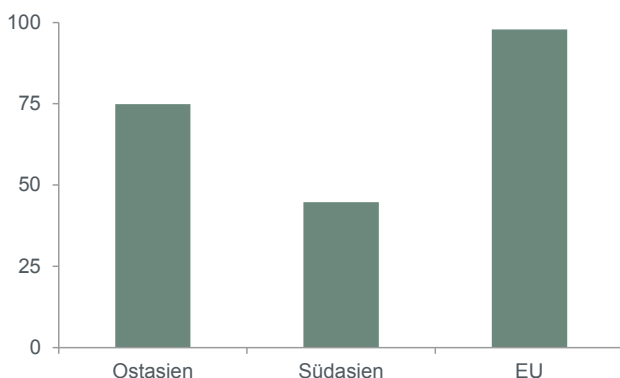
Infrastrukturdefizite, zunehmende Urbanisierung

In Developing Asia erfolgt das Bevölkerungswachstum derzeit und auch zukünftig hauptsächlich in Städten. Insbesondere

dere in Ostasien hat die Urbanisierung rasant zugenommen. Von den 70 größten Städten weltweit liegen 37 in Developing Asia. Dennoch ist der Urbanisierungsgrad derzeit in Asien mit 48 % noch geringer als in der EU (75 %), aber bis 2050 wird der Wert gemäß einer UN-Schätzung in Developing Asia weiter auf dann 64 % stark ansteigen. In Europa nimmt die Verstädterung nach dieser Quelle ebenfalls zu, aber nur noch vergleichsweise gering auf dann rund 80 %⁸. Die asiatischen Metropolen leiden schon heute unter einem Verkehrsinfarkt, erheblichen Defiziten im Bereich Wasserversorgung, Abwasser- und Müllentsorgung sowie einer akuten Umweltverschmutzung (Luft, Gewässer, Böden). Zum Beispiel haben in Ostasien nur 75 % der Bevölkerung Zugang zu Systemen einer geregelten Abwasserentsorgung, in Südasien sogar nur 45 % (EU 98 %, Grafik 9). Das heißt, in Ost- und Südasien sind 1,5 Mrd. Menschen nicht an akzeptable Entsorgungssysteme angeschlossen. Auch in den ländlichen Gebieten bestehen große Infrastrukturdefizite.

Grafik 9: Bevölkerungsanteil mit Zugang zu einer geregelten Abwasserentsorgung

In Prozent, 2015



Quelle: Weltbank

Diese Probleme resultieren in Developing Asia im erheblichen Maß aus dem rasanten, oftmals unkontrollierten bzw. ungeplanten Wachstum der Städte. Wichtige Ursachen sind aber auch die unzureichende Finanzkraft der öffentlichen Hand und die institutionelle Schwäche der jeweiligen Träger (zu wenig, schlecht bezahltes und gering qualifiziertes Personal, Regelungsdefizite, Korruption etc.). Eine Erhöhung der Staatseinnahmen (Steuersätze, Stärkung der Steueradministration) oder eine Abkehr von fragwürdigen Subventionen wären wichtige Maßnahmen in dieser Hinsicht. Die zu bewältigenden Aufgaben sind immens: nicht nur müssen die bestehenden Infrastrukturdefizite beseitigt werden, sondern es sind auch die zukünftigen Herausforderungen zu meistern.

In der EU ist die Infrastrukturgrundversorgung zwar besser als in Developing Asia. Aber es gibt in Europa auch ähnliche Probleme, wobei insbesondere der Mangel an Finanzierung zu nennen ist. Vielfach reichen die Mittel nicht einmal zur Deckung der Abschreibungen, d. h. die bestehenden Anlagen werden auf Verschleiß gefahren. Wie erwähnt stehen erst recht für das nötige Umsteuern etwa in der Verkehrspolitik (Zurückdrängung des Individualverkehrs) oder der Energiepolitik (Förderung von erneuerbaren Energien und Ener-

gieeffizienz – Green Cities) zu wenig Mittel zur Verfügung. Nötig sind in der EU eine bessere Priorisierung in den Budgets sowie übergeordnet eine stärker an Nachhaltigkeit orientierte Infrastrukturpolitik.

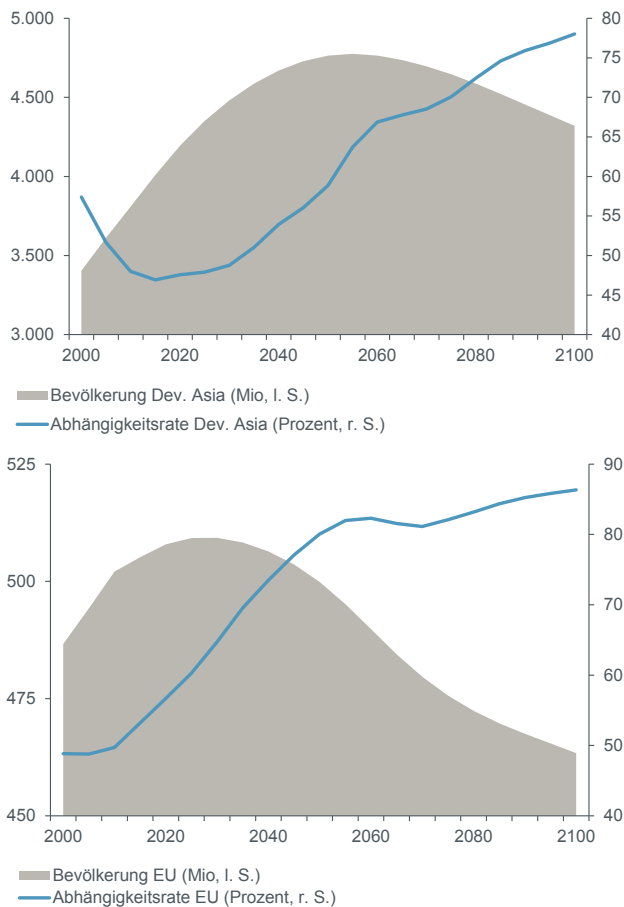
Für Developing Asia und die EU gilt gleichermaßen, dass die städtischen Agglomerationen nicht nur Probleme verursachen, sondern auch Chancen bieten. Städte können Keimzellen des Fortschritts sein: Auf vergleichsweise kleinem Raum lassen sich viele Menschen erreichen, der Zugang zu Informationen sowie politische Teilhabe sind leichter zu gewährleisten, Arbeitsteilung und Innovation gedeihen in Städten besonders gut. Im Spannungsfeld der Ziele Umweltqualität und materielles Wachstum lassen sich mit guter Infrastrukturpolitik Win-Win-Konstellationen herbeiführen.

Demografische Trends erfordern rechtzeitige Weichenstellungen

Die Bevölkerungsdynamik verdient in beiden Regionen höchste Aufmerksamkeit. Developing Asia hat in den vergangenen Jahrzehnten aufgrund hoher Geburtenraten⁹ einen enormen Bevölkerungsanstieg erlebt, der nach der aktuellen UN-Prognose etwa im Jahr 2055 mit 4,8 Mrd. Menschen seinen Höhepunkt erleben wird (Grafik 10). Für eine Konstanz der Bevölkerung ist eine Geburtenrate von 2,1 Kindern pro Frau erforderlich. Diesen Wert unterschreitet die EU schon seit Ende der 1970er-Jahre (aktuell 1,6), dort ist jedoch kompensierend die Lebenserwartung deutlich gestiegen. Gemäß der UN-Prognose wird die EU-Bevölkerung im Jahr 2025 ihr Maximum erreichen und dann bis zum Ende des Jahrhunderts stark sinken (Grafik 10, ohne Berücksichtigung von Zuwanderung).

Die Bevölkerungsentwicklung ist eine zentrale Determinante der sozioökonomischen Entwicklung. Der sich in Europa und Asien abzeichnende Bevölkerungsrückgang wird Probleme mit sich bringen. Besonders gravierend ist außerdem die Veränderung der Altersstruktur. Aus volkswirtschaftlicher Sicht ist entscheidend, wie hoch der Anteil der Erwerbstätigen an der Gesamtbevölkerung ist. Die Erwerbstätigen produzieren Güter und Dienstleistungen für den aktuellen Bedarf, und ihre Ersparnis ermöglicht Investitionen, die zukünftigen Generationen zu Gute kommen. Setzt man die Menschen im nicht erwerbsfähigen Alter (junge Menschen unter 15 Jahren und Senioren ab 65) in Relation zur Erwerbsbevölkerung (15–64 Jahre) erhält man die sog. Abhängigkeitsrate¹⁰. Diese hat in Developing Asia aktuell ihr Minimum erreicht und wird von nun an stark zunehmen bis auf fast 80 % am Ende des Jahrhunderts (Grafik 9). Die Asiatische Entwicklungsbank schätzt in ihrem neuen Asian Development Outlook 2016, dass dieser Demografiefaktor in Asien schon bis 2020 das Potenzialwachstum um 0,4 Prozentpunkte dämpfen wird. In der EU ist eine sehr ähnliche Entwicklung der Abhängigkeitsrate zu erwarten mit einem Endwert sogar oberhalb von 85 % (Grafik 10).

Grafik 10: Demografie in Europa und Asien



Quelle: Vereinte Nationen, eigene Berechnung

Beide Regionen müssen die Herausforderungen einer alternden Gesellschaft meistern. In Developing Asia gilt das schon heute insbesondere für China, aber auch in den anderen Ländern wird dieses Thema zunehmend virulent. Benötigt werden eine Rentenversicherung, die für alle ein im Alter menschenwürdiges Einkommen gewährleistet sowie ein Gesundheitssystem, das dem besonderen Bedarf von Senioren Rechnung trägt und für diese bezahlbar ist. Wichtig ist daneben, dass es auf dem Arbeitsmarkt Anreize / Möglichkeiten einer höheren Erwerbstätigkeit der Frauen gibt und für ältere Arbeitnehmer attraktive Rahmenbedingungen herrschen, um möglichst lange im Arbeitsleben zu bleiben. Neben diesen länderinternen Faktoren sollte aber auch die stärkere Öffnung der Arbeitsmärkte für Zuwanderer eine Option sein. Alle diese Fragen stellen sich sowohl in Developing Asia als auch in der EU, unterschiedlich sind lediglich die jeweiligen örtlichen Gegebenheiten. Durch eine kluge Sozial-, Arbeitsmarkt- und Fiskalpolitik können die Weichen für eine nachhaltig positive gesellschaftliche Entwicklung gestellt werden.

Regionale Integration und Handelsabkommen mit unterschiedlichen Ausprägungen in Europa und Asien

Die wirtschaftliche und politische Integration der EU wird in Developing Asia aufmerksam beobachtet. Allerdings ist die Bereitschaft zu einer ähnlich weit reichenden Übertragung nationaler Souveränität auf regionale Institutionen in Developing Asia noch gering. Am weitesten vorangekommen ist die Handelsliberalisierung der zehn Mitglieder der Association of

Southeast Asian Nations (ASEAN)¹¹. ASEAN ist ein Wirtschaftsbündnis mit politischer Komponente. Nach dem bereits erfolgten weit gehenden Abbau von Zöllen trat Anfang 2016 die ASEAN Economic Cooperation (AEC) in Kraft, die eine vollständige Handelsliberalisierung sowie Arbeitnehmerfreizügigkeit vorsieht. Dieser Prozess dürfte aber nur in kleinen Schritten realisiert werden („AEC Blueprint 2025“), eine weiter gehende politische Integration ist in nächster Zeit nicht zu erwarten. Die ASEAN-Mitglieder unterscheiden sich deutlich hinsichtlich ihrer Wirtschaftskraft, sie haben unterschiedliche politische Systeme sowie eine Vielfalt an Religionen, z. T. gibt es auch Grenzkonflikte (Thailand-Kambodscha). Die derzeitigen akuten institutionellen Probleme in der EU (Flüchtlingspolitik, Brexit, Überwindung der Schuldenkrise im Euroraum) sind sicher nicht dazu angetan, in der ASEAN die Integration energisch weiter voran zu treiben. Dort dominieren noch die Prinzipien Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Mitgliedsstaaten sowie Entscheidungsfindung im Konsens.

Auf der Ebene der Handelsliberalisierung gibt es sehr viel Bewegung. Eigentlich soll hierüber unter dem Dach der World Trade Organisation (WTO) verhandelt und dies in globalen / multilateralen Abkommen vereinbart werden. Derartige WTO-Bemühungen kommen aber nicht voran. Die sogenannte Doha-Runde, die bereits 2001 begann, befindet sich in einer Sackgasse; ob sie jemals erfolgreich zu Ende gebracht wird, erscheint zweifelhaft. Die Interessenlagen der 162 WTO-Mitgliedsländer sind sehr verschieden, und auch das Prinzip der Einstimmigkeit erweist sich inzwischen als hohe Hürde. Alternativ zu multilateralen WTO-Lösungen haben sich sehr viele bilaterale / regionale Initiativen gebildet. Die Zahl derartiger Abkommen ist in den letzten Jahren laut WTO enorm auf derzeit 276 gestiegen. Die EU, aber insbesondere auch die Länder in Developing Asia sind auf diesem Gebiet sehr aktiv. Innerhalb von Developing Asia gibt es 25 Handelsabkommen (z. B. China – Singapur), mit Ländern außerhalb der Region wurden sogar 72 Abkommen geschlossen (z. B. ASEAN mit Australien und Neuseeland). Zwischen der EU und Developing Asia existieren zwei Verträge (mit Südkorea und mit Papua Neuguinea / Fidschi). Zwar ist nach WTO-Recht die Bildung einer Freihandelszone oder einer Zollunion zulässig, da sie als Schritt zum globalen Freihandel verstanden wird. Allerdings ist der Konflikt mit dem zentralen WTO-Prinzip der Meistbegünstigung offenkundig (Vorteile, die sich Vertragspartner einräumen, sollen eigentlich auch allen anderen gewährt werden) und handelsverzerrende bzw. -ablenkende Wirkungen sind die Folge.

Die Vielzahl bilateraler Abkommen führt zu einem zu der Schlussfolgerung, dass die betreffenden Länder kaum noch auf multilaterale WTO-Lösungen vertrauen. Zum anderen hat aber auch ein gewisser Wettlauf eingesetzt, im Bereich technischer Handelsregelungen (Normen, Prüf- und Zulassungsverfahren für Importgüter) Standards zu setzen, die dann faktisch auch für Drittländer hohe Relevanz haben. Mit diesem Ziel verhandeln z. B. derzeit die EU und die USA das Abkommen zur Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP). Während ein TTIP-Abschluss noch ungewiss ist, ha-

ben im Oktober 2015 zwölf Pazifik-Anrainerstaaten einen Vertrag zur Trans-Pacific Partnership (TPP) unterzeichnet, darunter aus Developing Asia Vietnam, Singapur, Malaysia und Brunei. Zwar tritt TPP erst nach Ratifikation in allen zwölf Ländern in Kraft, für die Nicht-TPP-Mitglieder in Developing Asia sowie die EU ist dieses Abkommen aber schon jetzt ein wichtiger Parameter in der eigenen handelspolitischen Strategie.

Fazit

Developing Asia ist eine schnell wachsende Region mit sehr hohen Potenzialen. In der Vergangenheit wurde ein Teil dieses Potenzials bereits gehoben: Insbesondere der bilaterale Handel mit der EU verläuft sehr dynamisch. Developing Asia ist zudem nicht nur für europäische Exporteure eine sehr interessante Region, sondern auch für Investoren, die ihre Portfolio- oder Direktinvestitionen dort platzieren.

Das rasante Wachstum in den asiatischen Schwellenländern hat aber auch Kehrseiten, insbesondere im Umweltbereich. Zudem leidet diese Region unter ihren ineffizienten und schlecht ausgebauten Staatsapparaten. Das bringt enorme Umsetzungsprobleme mit sich. Für Developing Asia und Europa ähnliche Herausforderungen bestehen auf dem Gebiet der Verkehrsinfrastruktur, wenn auch auf unterschiedlichen Niveaus, sowie bei der demografischen Entwicklung. All dies sind Themen, bei denen eine verstärkte Zusammenarbeit beider Regionen zu Lösungen führen kann, wenn die Bereit-

schaft zum Technologietransfer besteht sowie supranationalen und globalen Erfordernissen der Vorrang von nationalen Interessen gegeben wird. Der weltweite Wildwuchs an bilateralen Handelsabkommen macht in dieser Hinsicht allerdings wenig Hoffnung. ■

Wirtschaftliche Kennzahlen

	EU	Developing Asia
Durchschnittliches reales BIP-Wachstum (Prozent p. a.)		
2000–2007	2,6	7,7
2008–2009	-1,8	6,2
2010–2015	1,0	6,8
BIP pro Kopf 2015 (in USD PPP)	37.802	15.328
Bevölkerung (Millionen)	505	4.009
Staatsverschuldung in Relation zum BIP (2015, in Prozent)	88	46
Auslandsverschuldung in Relation zum BIP (2014, in Prozent)	n. v.	23,6
Saldo der Leistungsbilanz in Relation zum BIP (2015, in Prozent)	+2,2	+2,0

Quelle: IWF, Weltbank, eigene Berechnungen

¹ Basisdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung in der EU und den asiatischen Entwicklungs- und Schwellenländern enthält die Tabelle am Ende des Textes.

² Entwicklungs- und Schwellenländer in Süd-, Ost- und Zentralasien, also ohne die Industrieländer Japan, Australien und Neuseeland.

³ Die nachfolgend genannten Daten zum Warenhandel beinhalten die Güterexporte der EU in die asiatischen Entwicklungs- und Schwellenländer sowie die Exporte in die umgekehrte Richtung. Datenquelle UNCTAD.

⁴ Die Handelsstatistiken untergliedern die Warenströme gemäß der Standard International Trade Classification (SITC). Eine Kategorie Investitionsgüter gibt es in dieser Systematik nicht. Im vorliegenden Papier werden als Investitionsgüter die im SITC Teil 7 erfassten Maschinenbauerzeugnisse und Fahrzeuge verstanden.

⁵ Eine genaue Abgrenzung der Kapitalströme zwischen Europa und Asien ist nicht möglich, da dafür die Datengrundlage fehlt. Lediglich für Direktinvestitionen liegen entsprechende Informationen vor.

⁶ Genau genommen besteht keine Zwangsläufigkeit zwischen (andauernden) Nettokapitalimporten und Verschuldung. Wenn die die Nettokapitalimporte (oder generell: globale Zahlungsbilanzungleichgewichte) ausschließlich über Eigenkapitalinstrumente, wie z. B. Aktien(ver)käufe, realisiert würden, dann würden diese Ungleichgewichte bestehen können, ohne dass sich externe Schulden ergeben. Das ist aber unrealistisch, weil Kapitalimporte immer über verschiedene Instrumente erfolgen, dazu gehören auf jeden Fall auch Verbindlichkeiten i. S. v. echten Schulden.

⁷ Die sektoralen Teilwerte der beiden Regionen entsprechen in der Energiewirtschaft in etwa dem Durchschnitt beider Regionen. Dagegen ist der Wert des Sektors Industrie für Developing Asia höher als der für die EU (28 versus 12 %), im Sektor Transport ist es umgekehrt (Developing Asia 12 %, EU 26 %).

⁸ Die zitierte UN-Prognose (World Urbanization Prospects 2014) enthält nur Zahlen für Gesamteuropa, nicht gesondert für die EU.

⁹ Die Fertilitätsrate (Geburten pro Frau) hatte in Südasien noch in den 1970er-Jahren hohe 5–6 betragen und sank anschließend erst allmählich auf derzeit 2,6. In Ostasien war die Fertilitätsrate anfangs ähnlich hoch, ging dann aber schneller zurück, vor allem verursacht durch die Einkindpolitik in China.

¹⁰ Aus volkswirtschaftlicher Sicht ist der Anteil der Abhängigen an der erwerbstätigen Bevölkerung (sog. ökonomische Abhängigkeitsrate) entscheidend, weniger dagegen der Anteil der Abhängigen an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (sog. demografische Abhängigkeitsrate). Jedoch gibt es kaum verlässliche Arbeitsmarktkennzahlen für Entwicklungsländer, und langfristige Prognosen der ökonomischen Abhängigkeitsrate sind sowohl für Industrie- als auch für Entwicklungsländer schwierig.

¹¹ Mitglied der ASEAN sind Indonesien, Thailand, Malaysia, Philippinen, Singapur, Brunei, Vietnam, Laos, Myanmar und Kambodscha.